Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Laden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 22,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 66,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 25,00 M. Einzelnummer 1,00 M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 6,00 M., Familienanzeigen 4,50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 24,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 1 M.

Nr. 115 | Dresden, Donnerstag den 18. Mai 1922 | 33. Jahrg.

Rußland geht nach dem Haag

Eigener Bericht

Genua, 17. Mai, 6½ Uhr abends.

Da die Antwort der Russen, die Herrn Rakowski als Verfasser und Propagandist nicht verleugnet, keine Neuigkeiten enthält, sei hier nur kurz darauf eingegangen: Im Prinzip erkennt die Sowjetdelegation in ihrem üblichen Stil die Vorschläge der politischen Unterkommission an. Neben einem Protest wegen des Ausschlusses von Deutschland aus der Kommission, dem Wunsch, die Konferenz in Riga, Stockholm, Rom oder London abzuhalten, wird verlangt, den vorläufigen Burgfrieden auf die Sowjetrepubliken und die Republiken des fernen Ostens auszudehnen. Weiter fordert man, daß die Verpflichtung, keine Angriffe zu unternehmen, durch eine Reihe von Maßnahmen gegen die Banden ergänzt wird, die die Sowjetrepubliken angreifen.

Auf die wesentlichen Punkte der russischen Antwort und die Begründung Tschitscherins ging Lloyd George ein. Er erklärte Deutschlands Vertretung in der Kommission nochmals für unnötig, da eine Kreditbelieferung unserseits für Rußland nicht in Frage komme, im übrigen aber Deutschland durch seine Anwesenheit nur nochmals über Fragen mit diskutieren müßte, die es bereits durch Arrangements mit Rußland selbst gelöst habe. Selbstverständlich kann und darf man Deutschland nicht daran hindern, an dem Wiederaufbau Rußlands mitzuarbeiten. Weiter begründete der englische Ministerpräsident nochmals die Wahl des Haager Tagungsortes. Er wies auf die Bedeutung hin und glaubte, daß man dem Mehrheitswunsche, dem die Wahl des Haages zugrunde liege, schon entsprechen müsse. Dem russischen Wunsche, die Sowjetrepubliken in die Trouga del (Gottesfriede) einzubeziehen, stellte Lloyd George nichts in den Weg, wie er es auch den Russen unter humoristischer Umkleidung seiner Worte überließ, in ihre Sachverständigenkommission Vertreter sämtlicher Sowjets einzubeziehen.

Nach Lloyd George hatte der eine oder andre Delegierte noch besondere Wünsche. Die japanische Delegation trat dafür ein, die russische Delegation unter keinen Umständen als Vertreterin der verschiedenen Sowjetrepubliken anzuerkennen, da es sehr leicht möglich sei, daß eine dieser Republiken später die Beschlüsse der Kommission nicht anerkenne, weil sie nicht rechtskräftig vertreten gewesen seien. Bratianu war sehr aufgebracht, weil von russischer Seite geäußert worden war, daß Wrangel im Südosten Europas neue Vorbereitungen für einen neuen Angriff auf Rußland treffe. Damit könne nur Rumänien gemeint sein, weshalb er es im Namen seines Landes entschieden ablehne, auf derartige Verdächtigungen einzugehen. Tschitscherin legte vier Photographien von Originalbriefen vor, die zeigten, daß Wrangel tatsächlich neue Vorbereitungen in die Wege leitet.

In der Nachmittagssitzung stimmte Tschitscherin zu, daß die Konferenz im Haag stattfindet, nachdem die Vertreter Hollands die Zusicherung gegeben hatten, daß die niederländische Regierung den Sowjetvertretern alle Rechte und Erleichterungen wie den andern Mächten gewähren würde.

Vor der Sitzung hatte Schanzer Barthou und Jaspar Mitteilung über den Verlauf der Vormittagssitzung gemacht, auf der Frankreich und Belgien nicht vertreten waren.

Düsseldorf an Genua

Die Abgeordneten der beiden rheinischen Wahlkreise Düsseldorf-Ost und -West haben vor einigen Tagen nachstehendes Telegramm mit Bezug auf die Aufhebung der Besetzung der Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort an die Konferenz in Genua gerichtet:

Weltwirtschaftskonferenz, Ministerpräsidenten Facta, Genua

Herr Präsident!

Ohne rechtliche Grundlage, gegen Versailler Vertrag, Rheinlandabkommen und Völkerrecht, sind seit März 1921 die Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort durch französische, belgische Truppen besetzt. Selbst von alliierter Seite wurde anerkannt, daß mindestens seit Mai 1921, dem Zeitpunkt der Annahme des Ultimatums durch Deutschland, diese als Sanktionen vorgesehenen Besetzungen aufgehoben worden mußten, zumal anerkanntermaßen Deutschland auch diese Bedingungen des Friedensvertrages nach Leistungskraft erfüllt hat. Die friedliche Bevölkerung der trotzdem noch immer besetzten Gebiete leidet schwer unter den drückenden Folgen der Besetzung und des Belagerungszustandes und erwartet endlich, drei Jahre nach Friedensschluß, Beseitigung dieses unerträglichen Unrechts und Kriegszustandes. Nachdem alle diplomatischen Vorstellungen vergeblich waren, ersuchen die Reichstagsabgeordneten der betroffenen Wahlkreise Düsseldorf-Ost und -West, die Genueser Konferenz und durch sie die friedliebenden Völker der Erde, für die sofortige Aufhebung der Besetzung der drei Rheinstädte einzutreten.

Marx, Exzellenz, Allekotte, Jäcker, Obermeyer, Dr. Bell, Glückner, Adams, Blum.

Wir erfahren dazu noch, daß ein Teil der Abgeordneten bei den Verhandlungen nicht zu erreichen war und nur deshalb nicht unterschrieben hat. Die Unabhängigen haben die Unterschrift abgelehnt. Man kann aber annehmen, daß die Abgeordneten aller anderen Parteien, von den Mehrheitssozialisten bis zu den Deutschnationalen, auf dem Boden der Kundgebung stehen.

Morgans Reparationsvorschläge

London, 17. Mai. Der politische Berichterstatter der Westminster Gazette schreibt: Dem Besuche Morgans, der jetzt von Neuyork nach Europa unterwegs sei, werde in finanziellen und politischen Kreisen mit großem Interesse entgegengesehen. Morgan soll mit endgültigen Vorschlägen kommen, die bei der Reparationsfrage von großem Nutzen sein und dazu beitragen würden, daß eine der Hauptursachen der Reibungen zwischen England und Frankreich beseitigt würde.

Ein bekannter Bankier der City hat dem Berichterstatter der Westminster Gazette die Vorschläge Morgans folgendermaßen gekennzeichnet: Zunächst müsse eine Vereinbarung zwischen den Alliierten zustande kommen, um den augenblicklichen Reparationsbetrag auf eine vernünftige Summe herabzusetzen. Es würden 2½ Milliarden Pfund (50 Milliarden Goldmark) als solche Summe angesehen, wobei noch in Anschlag gebracht werden müsse, was Deutschland bereits bezahlt habe. Das habe unter Ausschluß des abgetretenen Staatseigentums Sir Robert Horne auf 900 Millionen Pfund Sterling veranschlagt. Auf dieser Grundlage dürfte Deutschland, wie angenommen werde, in der Lage sein, den Zinsen- und Amortisationsbetrag für seine Schulden aufzubringen. Wenn Deutschland eine Anleihe erhalte, müsse er bereit sein, Garantien in Gestalt eines Pfandrechts auf die Zölle zu geben. Es müsse außerdem eine Nebensicherheit, wie z. B. die Eisenbahnen, für die Bezahlung seiner Zinsen bieten und zu gleicher Zeit allmählich den Druck von Papiergeld einstellen. Laut Westminster Gazette wurden drei- bis fünfjährige Zertifikate genannt.

Hoover über das russische Problem

London, 17. Mai. Die Times berichten aus Washington über eine sehr „wichtige Rede", die der Staatssekretär Hoover auf der Jahresversammlung der amerikanischen Handelsbank gehalten hat. Hoover sagte, das russische Volk sterbe an der Zerstörung der Produktivität. Amerika sei, was das körperliche Wohlergehen des amerikanischen Volkes betreffe, von Rußland nicht abhängig und werde es niemals sein. Wenn Amerika die finanzielle Unterstützung auf einer andern als der Wohltätigkeitsgrundlage erwägen solle, so müsse es Sicherheiten für die Rückzahlung und Gewähr dafür fordern, daß dann zur Produktivität zurückgekehrt werde, damit diese Bezahlung erfolgen könne. Die Schwierigkeit sei, daß unter dem augenblicklich etwas abgeänderten System in Rußland sowohl die Sicherheit als auch die Aussicht auf Produktivität nicht möglich sei. Dies müsse jetzt hergestellt werden. Es sei unmöglich, daß ein Handel zwischen den Nationen denkbar sei, der sich nicht gründe auf die Rechte des Eigentums und die Unverletzlichkeit der Kontrakte. Die gesamte Welt sei jetzt unbedingt innerlich gegenseitig abhängig. Das Leben selbst hänge von dem Güter- und Warenaustausch zwischen den einzelnen Nationen ab.

Agrarischer Wucher

Je mehr sich der Unwille der Bevölkerung gegen den nimmersatten Lebensmittelwucher der Agrarier wendet, desto krampfhafter bemühen sich die agrarische Presse und die agrarischen Organisationen, andre für den Wucher verantwortlich zu machen. Dieses Spiel ging so weit, daß man sagte, schuld seien nicht die Agrarier, die die unverschämten Beträge einheimsten, sondern diejenigen, die sie „angeboten" haben. Nun liegen aber die Dinge so, daß die Agrarier ihre Produkte zurückhalten, um die Verbraucher zu den unerhörten Angeboten zu zwingen. Anfangs hat der bayerische Landtagsabgeordnete Dr. Schlittenbauer in einer Interpellation sich darüber beschwert, bei der Viehlieferung an Italien seien die „berufenen bayerischen Organisationen" unberücksichtigt geblieben. Dagegen sei die Lieferung einem jüdischen Großhändler übertragen. Demgegenüber stellt der Bayerische Staatsanzeiger amtlich fest, „daß mit den bayerischen Organisationen monatelang verhandelt und am 21. Februar 1922 ein fester Lieferungsvertrag auf 900 Tiere abgeschlossen wurde. Bereits am 24. Februar erfolgte eine Preisnachforderung, die schließlich bewilligt wurde. Als dann Anfang März die Viehlieferungen an Italien beginnen sollten, verlangten die Leiter der bayerischen Organisationen am 10. März weitere Preiserhöhungen von 4000 bis 9000 M. das Stück. Da nach den bisherigen Erfahrungen die bayerischen Organisationen, zum Teil wegen des Verhaltens der Viehbesitzer, die Lieferungen nicht ausführen konnten oder wollten, wurde die Lieferung an den Großhändler Wertheimer übertragen, der das Vieh um drei Millionen billiger als die „berufenen bayerischen Organisationen" nach Italien lieferte.

Wieder ein Beweis mehr für die Geissenheit und Skrupellosigkeit der „berufenen bayerischen Organisationen". Die bayerische Bevölkerung hat diese saubere Politik mit gesteigerten Preisen bezahlen müssen. Es ist zuzeiten in dem Agrarlande Bayern das Vieh vom Berliner Markt billiger zu haben gewesen als von bayerischen Stellen. Das will bei den heutigen Frachtsätzen und sonstigen Spesen und Händlergewinnen schon etwas besagen. Die Agrarier aber fahren fort, die Städte auszuhungern.

Kommunistische Parolen

Die neue kommunistische Parole ist also heraus. Die Einheitsfrontaktion soll fortgesetzt werden mit der Gründung von Arbeiterkomitees. In jeder Fabrik, in jedem Ort sollen sie ins Leben gerufen werden, bestehend aus Sozialdemokraten, Unabhängigen, Kommunisten und Parteilosen. Nicht Einheitsfront, nicht Einheitsaktion, nicht Weltkongreß der Arbeiter ist mehr die Parole, sondern Arbeiterkomitees. Karl Radek ist wahrhaft unerschöpflich in der Formulierung neuer Parolen.

Es wäre eine lohnende Arbeit für einen Politiker, der viel Zeit hat, einmal die Geschichte der kommunistischen Parolen seit der Revolution zu schreiben. Allerdings könnte die Arbeit nicht sehr kurz gehalten werden, denn die Zahl dieser Parolen ist gewaltig.

Nach dem 9. November hieß die Parole in der ersten Nummer der damals im besetzten Lokalanzeiger gedruckten Roten Fahne: Arbeiter, Genossen, behaltet die Waffen! Liefert sie nicht ab, die Revolution geht weiter. Die Revolution hat erst gesiegt, wenn wir dem letzten der Scheidemänner das Knie auf die Brust gesetzt haben. Offener konnte der Bürgerkrieg nicht proklamiert werden. Roter Soldatenbund, Frontbund der Deserteure, Arbeitslosenräte und bewaffneter Aufstand sollten die Mittel zum Bürgerkrieg liefern. Nach kleinen Zusammenstößen wagte man Anfang Januar 1919 die erste große Kraftprobe. „Nieder mit Ebert und Scheidemann!" gellte es wochenlang durch die Straßen. Als aber am Dienstag der zweiten Januarwoche sich zeigte, daß der erste Aufstand mißlungen war — nicht Oberst Reinhardt und nicht die Potsdamer hatten ihn zum Scheitern gebracht, sondern die Berliner sozialdemokratischen Arbeiter, der Stadtkommandant Anton Fischer und das Regiment Reichstag — ertönte statt der Kampftrompete plötzlich die Friedensschalmei: „Einigung der Arbeiter zur Rettung der Revolution!" „Einigung über die Köpfe der Führer hinweg!" Die Parole hielt etwa vier Tage vor, bis der Aufstand endgültig niedergeschlagen war. Regierung und Sozialdemokratie waren nicht darauf hereingefallen. Nun mußte der neue Putsch vorbereitet werden, und da die letzte Parole „Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten!" nicht mehr recht zog, wurde jetzt die Rache für die Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, der Kampf gegen die Freikorps und die Aufrechterhaltung der revolutionären Truppenformationen in den Vordergrund gerückt.

„Nieder mit der Nationalversammlung!" war das beliebteste Schlagwort in den ersten Monaten 1919. Kampfmethode sollte jetzt die Beunruhigungstaktik, der Generalstreik bald hier, bald dort, der flackernde Streik sein. Mit überwältigender Mehrheit lehnte die Kommunistische Partei die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung ab. Schuft und Verräter war, wer wählte, statt zu wissen, daß nur die Gewalt das Proletariat befreien könne. Ein paar Monate später nahm man höchst friedlich an den Wahlen teil und sonnte sich im Besitz von Mandaten mit Immunität, Freifahrkarten und Diäten, nicht ohne dabei zu versichern, daß das Parlament eine idiotische Schwatzbude sei, aus dem für das Proletariat nichts Vernünftiges herausgeholt werden könne.

So gelangte man durch zahllose Putsche und verunglückte Generalstreiks zur Stärkung der Reaktion, zum Kapp-Putsch. Am 13. März 1920 rückten die Truppen des Generals von Lüttwitz in Berlin ein. Die kommunistische Parole: „Arbeiter, Genossen, bleibt in den Fabriken, beteiligt euch nicht am Generalstreik! Es lohnt nicht für die Republik der Ebert und Scheidemann, Bauer und Noske!" Als trotzdem der Generalstreik mit unwiderstehlicher Gewalt alle Arbeiter erfaßte, waren natürlich die Kommunisten die Retter der Freiheit, d. h. sie verdarben den Sieg, indem sie sich weigerten, die Waffen wieder niederzulegen, rote Armeen aufstellten, die sich bald in Räuberbanden verwandelten, und den kompromittierten Generalen die schönste Gelegenheit gaben, sich wieder als Retter des Staates aufzuspielen.

Seitdem haben die Parolen aller vier Wochen gewechselt. Einmal wurde die Erfassung der Sachwerte den Arbeitern denunziert als echt menrheitssozialistische Feigheit, sich vor der Sozialisierung zu drücken, als Versuch, den Proletariern Sand in die Augen zu streuen; dann war plötzlich die Erfassung der Sachwerte das kommunistische Allerheiligste. Einmal war oberstes Ziel: Kampf gegen die gelben Amsterdamer und Zerreißung nicht nur der politischen Parteien, sondern auch der Gewerkschaften; dann plötzlich wurde die Einheitsfront hervorgezogen. Augenblicklich sieht es zwischen Zerreißung und Einheitsfront so, daß in der jüngsten Parteiausschußsitzung der Kommunisten ein harmloser Delegierter ganz offen formulieren konnte: die Hauptfrage ist, wie verbinden wir die Parole der Einheitsfront mit der kräftigsten Bekämpfung der Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängigen? Kann man uns noch herzlicher zur Einheitsfront einladen? Kann man uns noch lockender in die Arbeiterkomitees rufen?

Die kommunistischen Parolen haben längst jeden ernsten Sinn verloren. Einst — lang, lang ist es her — glaubten die Kommunisten wenigstens selbst ernsthaft daran. Glaubten an die unmittelbar bevorstehende Weltrevolution, die Diktatur des Proletariats und andre mehr oder minder lockende Dinge. Heute, nach den russischen Erfahrungen, ist die ganze kommunistische Bewegung ein großer Schwindel geworden. Arbeiter, die verzweifelt keinen Ausweg aus dem deutschen Elend mehr sehen, werden mißbraucht, um den wechselnden Bedürfnissen russischer Staatspolitik zu dienen. Die Sowjetmachthaber machen inzwischen das Geschäft mit Herrn Hugo Stinnes und sind zu Gaste beim König von Italien.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220518/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG